

# Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Werktag, Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkühne“. Bezugspreis: Bei den Postanstalten vierteljährlich M. 3.75 bzw. tritt noch das Bestellgeld; bei den Agenten monatlich 1.00 M. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 20 Bg., totale 20 Bg., Anzeigen von auswärtig werden durch Postnachnahme erhoben. Erfüllungsort: Friedberg. Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Danauerstraße 12. Fernsprecher 48. Postbez.-Conto Nr. 4850. Amt Frankfurt a. M.

## Bekanntmachung.

Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. A- und S-Räte werden von ihr nicht geduldet, sie sind daher in der neutralen Zone arbeitslos. Mitglieder von A- und S-Räten, die von der Entente in der neutralen Zone betroffen werden, müssen gewarnt sein, von der Entente verhaftet zu werden.

Unter Hinweis auf vorstehende Bestimmung der Obersten Seeresleitung werden alle A- und S-Räte in der neutralen Zone hiermit aufgefordert, vom 12. 12. ab ihre Tätigkeit einzustellen und ihre bisher ausübenden Funktionen wieder den zuständigen Behörden zu überlassen.

Die neutrale Zone im Nordseegebiet wird durch folgende ungleichen Linien begrenzt:

Im Westen Linie Helsingör - westlich Diez - Niederelbe - Kaltenhofhäusern - Bockholm - Walfadenstein - Walsdorf - Oberelbeberg - westlich Oberufel - Weststrand - Frankfurt - Oststrand - Lango - Barenfeld.

Im Osten Linie Steeden - Nordstrand von Nieder- und Oberelbe - Niederelbe - Westfeld - Nordstrand - Friedrichsdorf - Wibel - Wärel - Wieser - Ueberach.

Von Seiten des Oberkommandos  
Der Chef des Generalstabes;  
gez. Wegell, Oberleutnant.

## Einberufung des Reichstags.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Der Präsident des Reichstags hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!  
Die Zeit des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzlichen Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Verfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 28. Oktober ds. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen.

Ich beruhe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einzuberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen.

gez. Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten:

Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Verfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.

Der Rat der Volksbeauftragten legte wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben.

Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortlichkeit für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

## Der dritte Tag des Truppeneinzugs in Berlin.

Berlin, 12. Dez. (W. B.) Am heutigen dritten Truppeneinzugstage herrschte Schmutzweiser mit Schnee und Regen; trotzdem war der Andrang der Bevölkerung zu den Festtruppen so stark wie immer. Die 4. Garde-Infanterie-Division rückte unter Generalmajor Grafen Bint von Finkenstein von der Frankfurter Vor-

stadt her über die Königsstraße Unter den Linden ein. Die Truppen trafen von 10<sup>1/2</sup>, ab am Pariser Platz ein, überall jubelnd willkommen geheißen und nahmen auf dem Platz Aufstellung. An der Tribüne hatten sich eingefunden: Der Volksbeauftragte Scheidemann, Kommandant Wels, Kriegsminister von Scheuch und Generalleutnant Leguis. Nach einem Trompetensignal hielt Volksbeauftragter Scheidemann eine Ansprache, die von Beifallsrufen unterbrochen wurde, bei der Erwähnung der Nationalversammlung, dem Hinweis auf Frieden und Freiheit und seiner Bemerkung von dem kriegelosen deutschen Volk. Nach dem Hoch spielte die Musik „Deutschland, Deutschland über Alles!“ Dann trat Kriegsminister von Scheuch an die Brüstung und hielt eine Ansprache, die mit einem Hoch auf die 4. Gardedivision endete. Brausend wurde der Ruf aufgenommen. Die Musik spielte den Parade marsch des 5. Garderegiments. Dann zogen sich die Truppen in Marsch zum Brandenburger Tor hinaus.

## Die Kommissionsverhandlungen in Wilhelmshaven.

Berlin, 11. Dez. (W. B.) Die Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven lassen erkennen, daß Willörungen nicht zu erreichen sind. Trotz der deutschen Proteste verlangt der englische Admiral genaue Angaben über die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. Trotzdem der englische Vertreter in Spaa auf Ableitung des Panzerkreuzers „Madania“ verzichtete und trotzdem, wie deutscherseits mitgeteilt, dieses Schiff nicht vor vier Monaten schleppbereit sein kann, hat der englische Admiral die Richterfüllung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Ueberführung fertig zu stellen, als Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet und in diesem Sinne seiner Regierung berichten zu wollen erklärt. Er besteht ferner auf Auslieferung der nach dem Völkerrecht rechtmäßig in deutschem Besitz übergebenen Schiffe. Trotz des Hinweises auf die bedenkliehen Folgen für die deutsche Volksernährung, zeigte die Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freilassung der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf die diesbezügliche bereits erteilte abschneidende Antwort Beattus. Der englische Admiral verlangt ferner, daß bis zum 17. Dezember sämtliche Besatzungen von außer Dienst gestellten Schiffen interniert werden bis auf die Instandsetzungscommandos, wie sie auf einer Hult verbleiben. Unter einer Hult versteht man ein altes, austarierendes Fahrzeug, das nur noch zu Wohn- und Lagerzwecken dient. Ebenso wie nach der Besichtigung des Linienschiffes „Baden“, die durch Nichtausführung der vom Hochseecommando im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat getroffenen Anordnungen seitens einzelner Marine-mannschaften geschildert wurde, hat auch bei den Vorbesprechungen über die Uebergabe der internierten Ententeschiffe die englische Kommission geordert, die Waffenstillstandsbedingungen abubrechen, wenn nicht eine glatte Abwicklung gemäß den in den Kommissionsverhandlungen festgesetzten Anordnungen erfolgen würde.

## Entente und A- und S-Räte.

Berlin, 11. Dezbr. (W. B.) Die Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ über eine unmittelbar bevorstehende Einberufung des Deutschen Reichstages oder über Beratungen der Regierung in solchem Sinne entbehren jeder Begründung.

In dem Organ der Unabhängigen, der „Freiheit“, werden die zahlreichen Meldungen, daß die Entente die Regierung und die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen wolle, als Wünsche des Bürgertums und der Feinde der Revolution hingestellt, und es wird auseinandergesetzt, daß die sozialistische Regierung stark genug sei, das Reich zu repräsentieren, andererseits sei nicht zu verkennen, daß die ausschlaggebenden Männer in den Ententeländern Bourgeois wären, und so sei die Gefahr einer gegenrevolutionären Einmischung der Entente nicht abzuleugnen. Es bezeichnet den Gedanken der Einberufung des Reichstages als eine lächerliche Komödie. Durch den Zutritt des Zentralrats aller Arbeiter- und Soldatenräte und durch die spätere Wahl der Nationalversammlung werde Deutschland genügend konsolidiert werden. Einen anderen Weg gebe es nicht und könne es nicht geben.

Der „Vorwärts“ dagegen schreibt daß die Nachrichten von einem bevorstehenden Entente-Ultimatum über die Bildung einer ordentlichen, auf eine Willensbindung des Volkes gestützte Zentralgewalt immer bedrohlicher werde.

## Amerika und die Südslawen.

Saibach, 11. Dezbr. (W. B.) Meldung des Pola-bayer Korrespondenzbüros. Wie „Slowensk Narod“ aus Pola berichtet, traf dort in der vergangenen Woche ein aus amerikanischen, französischen, englischen und japanischen Schiffen bestehendes Geschwader unter dem Kommando eines amerikanischen Admirals ein. Bei den hierauf eingeleiteten Verhandlungen zwecks Uebernahme der südslawischen Flotte wurden die südslawischen Interessen von dem tschecho-slowakischen Konjulg vertreten, da die Südslawen die Aufforderung der Italiener, in Pola ein Konjulg zu errichten, mit der Bemerkung abgelehnt haben, daß sie auf dem eigenen Gebiet keine Konjulgvertretung brauchen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die gesamte südslawische Flotte, auch die vor einiger Zeit nach Italien gebrachten sechs mit Kriegsmaterial beladenen Dampfer, in Pola versammelt und auf ihr die amerikanische Flagge gehißt wurde, während auf der Admiralsjacht „Tacoma“ die südslawische Flagge weht. Die Amerikaner übernehmen auch als die am wenigsten interessierte Macht das Kommando über Pola und besorgen auch den Polizeidienst.

## Holland und Wilhelm II.

Haag, 11. Dez. (W. B.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärt der Vorsitzende des Ministerrats Huns de Beerenbrouck, die Regierung würde es leichter haben, wenn der frühere deutsche Kaiser sich nicht als Zufluchtsort Holland ausgesucht hätte. Er ruft denn fort: Der Kaiser hat aber, wie aus der amtlichen Mitteilung des holländischen Gesandten in Berlin hervorgeht, vor seiner Flucht nach Holland auf den Thron verzichtet. Am 11. November folgte dann die bekannte Urkunde, die in Amerongen unterzeichnet wurde. Am 9. November wählte die Regierung, daß der Kaiser abgedankt hatte. Er teilte das auch am 9. November den holländischen Behörden in Esden mit. Der Kaiser kam unerwartet auf holländisches Gebiet. Keine einzige Regierungsperson hatte etwas dazu beigetragen oder sich einer Zwischenperson bedient, um etwas zu unternehmen. Auch General von Hauke hat nichts in dieser Sache getan. Man hat nichts von der Ankunft des Kaisers gewußt. Alles, was darüber verlautete, war Phantasie. Nach der Thronentagung konnte von einer Intervention keine Rede mehr sein. Es handelt sich einfach um die Frage des Galtrechts und der Gastfreundschaft, um eine Tradition, die in Holland seit Jahrhunderten besteht. Die Regierung wußte, daß Holland dadurch in Schwierigkeiten kommen würde, aber sie wollte nicht gegen diesen Jahrhunderte alten Grundgesetz handeln. Die Regierung kann sich nur auf den Standpunkt der vollkommenen Tafsachen stellen. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als eine unneutrale Handlung darzustellen, weist die Regierung zurück. Jedes andere Staatsobehaupt würde auf die gleiche Weise empfangen worden sein. Der augenblickliche Zustand ist insofern ein vorläufiger. Es hängt von der Entwicklung der internationalen Ereignisse und von der inacten Lage ab, was geschehen wird. Ein eventuelles formelles Ansuchen um Auslieferung des früheren Kaisers würde auf seine Geleglichkeit und auf die bestehenden Verträge hin untersucht werden müssen. Es ist auch möglich, daß fremde Regierungen wünschen werden, mit Holland wegen eines neuen Aufenthalts des früheren Kaisers in Unterhandlungen zu treten. Die Regierung würde nicht abgeneigt sein, zuzustimmen, wenn Holland dabei eine Stellung eingeräumt würde, die sich mit der Ehre und Würde des Landes verträgt. Die Regierung behält sich ihre Entscheidung vor. Gegen etwaige Intrigen wird die Regierung ernstlich aufzutreten.

## Rußland.

### Bildung einer Gegene Regierung im Einverständnis mit der Entente.

Stockholm, 11. Dez. Der frühere russische Ministerpräsident Trepow ist nach „Dagens Nyheter“ hier mit der Bildung einer neuen russischen Regierung aus Männern des zaristischen Regimes beschäftigt. Darin sollen noch Fürst Volkowsky, im Kriege Gehilfe des Ministers des Innern, Baron Taube, früherer Abteilungschef im Ministerium des Aeußeren, Senator Zastabko, General Maloschko und andere vertreten sein. Hier befinden sich außer Trepow noch General Tau und der Adelsmarschall Sawitski. Die Bildung der Regierung erfolgt im Einverständnis mit der Entente. Die Mitglieder sollen sich in Finland versammeln, um sofort nach dem Sturz der Bolschewiki nach Petersburg zu gehen und die Leitung zu übernehmen.

## Wie die Revolution vorbereitet wurde.

Der Volksbeauftragte Barth kam noch einmal auf die Behauptung Joffes zurück, daß ihn Joffe bei der Vorbereitung der Revolution in Deutschland mit Geldmitteln unterstützt habe. Barth sagt, er wisse nicht, wie und durch welche Ursachen das Telegramm Joffes entstanden sei, aber er müsse noch einmal feststellen, daß nach seinem Wissen keiner von den Genossen, die ihm Geld gegeben hätten, etwas von den Russen erhalten habe. Er leugne natürlich nicht, daß er monatlang die Revolution vorbereitet habe. Mehrere tausend Schutzmannen und mehrere tausend Handcarren habe er zur Ausrüstung der Berliner Arbeiterschaft besorgt. Er leugne auch nicht, daß die Waffen durch eine vorzügliche Organisation über ganz Berlin verbreitet gewesen seien, und daß es keine Großbetriebe in Berlin gegeben habe, die nicht bei dem Ausbruch der Revolution in der Lage gewesen wären, mit ihren Slawntruppen an der Spitze der Schutzleute Herr zu werden. Wenn es zum Kampf gekommen wäre, hätte es viele Opfer gekostet. Aber ganz energisch müsse er es sich verbitten, von irgend wem und irgend wann sich sagen zu lassen, daß er im Interesse des Auslandes tätig gewesen sei. Es sei nur bedauerlich, daß nicht schon einige Jahre früher die Revolution in Deutschland gekommen sei. Dann wären viele Millionen von Menschenleben erspart worden. Barth sagt weiter, daß von der von ihm geleiteten illegalen Organisation die Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erst erfahren habe, als daran absolut nichts mehr zu ändern gewesen sei. Dann habe allerdings die Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei nicht die geringsten Bedenken dagegen erhoben, sondern alle ihre Mitglieder hätten sich voll und freudig der notwendigen Aufgabe gewidmet.

## Die Aufteilung des Reiches.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bereits ein Programm ausgearbeitet, wonach das Deutsche Reich völlig neu aufgebaut werden soll. Als Basis dieses Programms zeichnet Herr Ledebour, die Kernabgrenzung soll, wie die „Freiheit“ mitteilt, auf Grund einer wissenschaftlichen Untersuchung der Einzelstaaten nach Wirtschaft und Stämmen“, durchgeführt werden. Das Ministerium des Innern wird für Preußen nach demselben Blatt der Frage schon in den nächsten Tagen nahetretten. Herr Ledebour ist ohne Zweifel ganz der geeignete Mann, die Abgrenzung der deutschen Stämme in ihrer Eigenart „wissenschaftlich“ abzugrenzen.

## Antisemitismus in Berlin.

Berlin, 11. Dez. Der Vorwärts meldet: Das moralische Zerfallenswerk beginnt dank der massenhaft verteilten anonymen Flugblätter, die im Dienste der Gegenrevolution Judenhetze betreiben, in Berlin zu wirken. Heute werden zum erstenmal eine Anzahl von Fällen gemeldet, in denen auf öffentlichen Plätzen Berlins, auf der Straßenbahn usw. Juden und auch Christen, die durch ihr Aussehen nicht genügend gegen den Verdacht geschützt waren; Juden zu sein, körperlich angegriffen wurden.

## Chyssen und Stinnes freigelassen.

Berlin, 11. Dez. Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten rheinischen Großindustriellen Chyssen und Stinnes sowie einzelne Direktoren sind auf Anordnung des preussischen Ministeriums des Inneren heute sämtlich freigelassen worden. Der Keilner der ihr Gespräch belauscht haben wollte, erscheint nicht als unbedingt glaubwürdig.

## Was unsere Feinde hoffen.

Not tut uns vor allen Dingen, die Schaffung einer allgemeinen nationalen Zentralgewalt, sonst treiben wir sicher dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott zu. Unsere Erzfeinde, die Franzosen, von denen allein wir niemals einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit erhalten würden, richten sich schon darauf ein, unsere Ohnmacht auszunutzen. Das Pariser Heftblatt, der „Temps“ schreibt triumphierend, der politischen Krise in Deutschland werde nun die Wirtschaftskrise folgen. Seht, wo das innere Vena sich verwickelt, müssen die Franzosen die Ereignisse ausnützen. Und noch deutlicher wird das „Echo de Paris“, indem es sagt: „Lassen wir alles gehen, wie es will, so haben wir den unvergleichlichen Vorteil, Deutschland auseinanderbröckeln zu sehen. Dies dünkt alle Erwägungen, daß die Ordnung in Deutschland uns finanziell nützen würde, in den Hintergrund“. Wir können also die Lage Deutschlands betrachten, von welcher Seite wir wollen, die Verhältnisse lächeln überall geradezu nach schleunigster Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage.

## Der verweigerte Eid.

Dem „Fränk. Kurier“ zufolge sollte am 7. Dez. auf dem Übungssplatz Grafenwöhr die feierliche Eidesleistung auf die Republik stattfinden. Die Verteidigung unterließ jedoch, da die Offiziere sowohl als auch die Mannschaften sich nicht geneigt zeigten, die ihnen vorgelegte Eidesformel, „die neue Volksregierung (d. h. das Kabinett Eisner) im Interesse des Volksganzen zu unterstützen und zu verteidigen“, anzuerkennen. Die

Garnison erklärte sich lediglich bereit zu einem Treuegelöbnis auf die kaiserliche Volkrepublik, ebenso zu einem Treuegelöbnis gegenüber einer aus Volkswahlen hervorgegangenen Regierung, gleichgültig, welche Zusammensetzung diese erhalten mag. — Der Bayer. (christl.) Bauernverein wendet sich gegen die von Bauern-Kräften gemachte Zustimmung der Unterschreibung eines Reverses, auf Grund dessen sie sich für die Republik verpflichten. „An solch politische Anechtung kann sich kein freier bayerischer Bauer beteiligen.“

## Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 11. Dez. Durch den preussischen Minister Hirsch war bereits vor einiger Zeit eine beträchtliche Erhöhung der Personen- und Güllertarife angeündigt worden. Jetzt melden die „Berliner politischen Nachrichten“, daß Verhandlungen über die Erhöhung des Tarifjahres schweben. Die außerordentliche Steigerung aller Löhne und Betriebsauskosten haben bewirkt, daß die preussischen Eisenbahnen im Jahre 1918 mit erheblichen Verlusten gearbeitet haben. Die Unterbilanz soll durch eine besondere Eisenbahnleihe gedeckt werden, ferner soll durch organisatorische Maßnahmen auf eine Herabminderung der allgemeinen Auskosten hingewirkt werden. Als Grund für den Rückgang der Eisenbahnüberschüsse hat Minister Hirsch unter anderem die Vermittlung einer Lohnaufbesserung von 100 Prozent angeführt, was eine Mehrausgabe von jährlich 400 Millionen bedeuete.

Der neue Eisenbahnminister Hoff hält eine noch stärkere Erhöhung der Tarife für nötig als sein Amtsvorgänger und denkt an einen Zuschlag von 60 Prozent für den gesamten Güllerverkehr, höchstens mit Ausnahme von Ausnahmefällen für Getreide und Kartoffeln. Für den Personenverkehr, für den bereits eine Erhöhung von durchschnittlich 25 Prozent in Aussicht genommen war, wird jetzt eine Staffelung für wichtiger angesehen. Danach soll der Zuschlag in der 4. Klasse 20 Prozent, in der 3. Klasse 25 Prozent, in der 2. Klasse 35 Prozent und in der 1. Klasse 100 Prozent betragen. Befreit sich das finanzielle Ergebnis wieder, so sollen die Zuschläge ermäßigt oder beseitigt werden.

## Die Entwertung der deutschen Valuta.

Wir lesen über diese wichtige Frage im Handesstell der „Frankfurter Zeitung“:

Die Entwertung der deutschen Valuta hat leider in den letzten Tagen wieder außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Reichsmark war in der Schweiz gestern bis auf 12 1/2 gekulsen gegenüber einem normalen Stand von 123.45. (Heute ist eine kleine Erholung auf 54 bis 55 eingetreten.) In Holland, wo die Mark im Frieden 99.20 Gts. galt, ist sie gestern auf 28 1/2 zurückgegangen; in Kopenhagen sind gleichzeitig eine Entwertung auf 49.50 statt und in Stockholm ist die Mark sogar auf 39 gekulsen gegenüber einer Friedensparität von 88.82. Gerade jetzt, wo allmählich wieder mit der Möglichkeit eines Warenanstausches mit dem Auslande zu rechnen ist, wo allmählich große Bezüge in Rohstoffen von Uebersee zu beschaffen sein werden, trifft uns diese Entwertung doppelt hart. Die Gründe für die Abwärtsbewegung zu finden, ist nicht schwer. Man wird dabei zunächst an spekulative Wuchsbewegungen zu denken haben, die sich ihrerseits wieder stützen auf die Verichte aus Deutschland, namentlich auf die Streitigkeiten zwischen den sozialistischen Gruppen, vielleicht aber auch auf die Befürchtung einer zu radikalen und überfüllten Vergesellschaftung der deutschen Betriebe und der damit zusammenhängenden Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Gerade aus diesen Gründen ist zu hoffen, daß die deutschen Marktländer der einen Seite rücksichtslos gegen die phantastischen Gebantenzüge der Spartakusgruppe vorgehen und endlich einmal den Rufhörern den Mund verbielen und daß sie andererseits bei der Durchführung der sozialen Reform auch an die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands atm. denken. Gerade in diesen letzten Punkte sind wir, wie schon oft betont, durchaus zuversichtlich, denn gerade der deutsche Arbeiter ist, wie immer wieder sich zeigt, in diesen Dingen völlig nüchtern und weiß ganz genau, daß sein Interesse nur dann gewahrt werden kann, wenn man bei der Durchführung von Reformen mit den unerwidlichen Tatsachen rechnet. Neben jenen Erwägungen im Zustand eher scheint doch wohl auch der Umstand mitzusprechen, daß neuerdings auf die unangenehme Auslegung der Massenstillstandsbedingungen von Seiten der Entente die Exportmöglichkeiten für die deutsche Industrie weiter kaum begrenzt worden sind, wodurch die Handelsbilanz sich noch weiter zu unseren Ungunsten verschlechtert. Auch diese Zustände sind ganz unholbar und die deutsche Regierung sollte mit aller Schärfe und Schnelligkeit versuchen, in diesem Punkte Abhilfe zu schaffen.

## Schneidigkeit an der richtigen Stelle!

Man schreibt uns: Der letzte Sonntag, das „Kampffest der Freiheit“, hat in uns immerhin einen Funken- und Hoffnung entzündet, daß die soziale Republik vielleicht doch mehr kann, als mit verdrängten Armen zusehen, wie das Chaos, das Hungerleidend und der blutigste Bolschewismus langsam über uns herabzubrechen. Herr Scheidemann hat erklärt, er könne diese Welt nicht ohne acht Tage länger dulden, er würde jubeln, wenn die Nationalversammlung zu früh als denkbar gewählt werde, und selbst der „Vorwärts“ steht nunmehr die Notwendigkeit ein, ein „selbes militärisches Ordnungsverhältnis“ allerhöchstenfalls herzustellen. Voraus liegt eine erfreuliche Entscheidungsfähigkeit, von der wir nur hoffen wollen, daß sie auch zur Ausführung gelangt. Die sozialdemokratische Regierung weiß, daß das gesamte Bürgerturn, der ganze alte Regierungsapparat hinter ihr steht, wenn sie endlich Ordnung schaffen, den Schneid an der richtigen Stelle

entwickeln und schärfsten Jungs gegen die Tollhähne des Sparatikuslogers auch nach dem Vorje vorgehen will: Wer hat verzieht, das Blut soll wieder vergossen werden!

Einstweilen entleert sich das, was sie an Schneid noch aufzubringen vermag, immer wieder an der falschen Stelle. Man fällt auf jedes Weiche drückt hinein und läßt die Sachen anderweit drunter und drüber geben. Eine große Rolle spielen beim gestrigen „Kampffest der Freiheit“ jene selbstlosen Gardetruppen, die sich unter dem General von Lequis zwischen Potsdam und Berlin vereinigt, angeführt, um gegen die Reichshauptstadt zu marschieren! In Wahrheit sammelte sich dort das Gardetops, um seine feilsche, aber friedliche Eintrache nach Berlin vorzubereiten. In Mülheim (Ruhr) hat der dortige Lt. und S. Rat die Herren Joffen, Stinnes und andere Großindustrielle „verhaftet“, weil sie am 5. Dezember in Dortmund beschloßen hätten, die „Arbeiter durch die Ententetruppen zu jagen“. Inzwischen ist festgestellt, daß keiner der „Verhafteten“ am 5. 12. in Dortmund gewesen ist! Nach diesem Titel wird im ganzen Reiches verfahren. Die Sicherheit der Person und des Eigentums ist auf das härteste gefährdet, nur in — Polen ist von einem einschlägigen Auftreten der sozialdemokratischen Regierung nichts zu hören.

Die deutsche Ostmark, die weithin den polnischen Uebergriffen preisgegeben ist, schwebt in höchster Gefahr. „Die Weltöffentlichkeit kann, wie von dort geschrieben wird, nur immer wieder dringend begehrt werden, sich durch die in der Presse erscheinenden Versicherungen der Polen täuschen zu lassen. Gleich wie im Oktober 1916, befolgen sie jetzt wieder die Taktik, uns mit Beschreibungen hingehalten und verteuereitig zu machen. Damals fiel die Reichsleitung auf das Versprechen der Aufstellung eines großen polnischen Heeres für uns herein, jetzt wurde Herr von Gerlach in Polen gerade so hinter den Rücken geführt, wie General von Bessler bis zum letzten Augenblick in Warschau. Tatsächlich wollten die Polen in Westpreußen und Polen den Abfall von Preußen in aller Eile. Die Provinz Polen befindet sich bereits in ihrem unumkehrbaren Fall. Die preussischen Behörden sind kaltgestellt. Die russischen Verwalter der Anwesenheiten hier sind meist vertrieben, sie zetteln vielfach nur das nackte Leben. Lebensmittel werden fast nur noch von den deutschen Landwirten im Osten abgeleert; die Polen freieren. Sogar der verantwortlichen Stellen in Berlin ist, alles Menschenmögliche zu tun, um unabweisbares Unheil für Deutschland, insbesondere für die Reichshauptstadt zu verhindern.“ Die verantwortlichen Stellen in Berlin aber haben bisher allen ihren Schneid gegen die alberne Mär der Generalnationalion von rechts verbracht, die bald von den Gardetruppen, bald von den Großindustriellen ausgehen soll! Dabei steht die Provinz Polen in Flammen und mit dem Feuer in Berlin wird nicht von rechts, sondern von links gepörrt! Wie ergötzt, lächelt wenigstens Herr Scheidemann für seine Provinz zur richtigen Erkenntnis gelangt zu sein, an welcher Stelle die eiserne Entschlossenheit geboten ist. So uns der nächste Sonntag nicht die Sicherheit einer sofortigen Abzerrung der Woblen bringt, sind wir rettungslos verloren und die Sozialdemokratie hat es sich selbst auszuweisen, wenn ihr noch Kinder und Entel der heutigen Arbeiter den politischen Kredit verweigern . . . . .

Im Anschlag an obige Ausführungen bringen wir folgende Betrachtungen des „Vorwärts“:

Nur einige Maschinengewehre sind vor dem Reichskammerhaus und anderwärts ihren rechtmäßigen Besizern geraubt worden, einige Mannschaften der Sicherheitswache vor der Reichskammer sind leicht verletzt! Nur dies, bisher, sonst nichts! Es ist aber eine Schmach und Schande, daß man schon zufrieden sein muß, wenn weiter nichts geschieht, und wenn sich die republikanischen Soldaten prügeln lassen, um nicht morgen als Mörder und Schergen der „Blutjüde Ebert und Ehe demann“ verurteilt zu werden.

Wenn der gestrige Tag, wie wir in diesem Augenblick noch hoffen dürfen, ohne ernstes Blutvergießen verlaufen ist, so ist dieses Ergebnis nur der übermenschlichen Selbstbeherrschung der republikanischen Soldaten und der Berliner Bevölkerung zu verdanken.

Das heißt man einen Zustand! Dabei führt dieses System lediglich dahin, daß die Catilinarier immer dreister auftreten, weil jede ihrer Ausdrückungen stets mit einem äußerlichen Erfolg für sie endet. Wenn die Regierungstruppen nur hingestellt werden, um sich ihre Waffen von den anderen wegnehmen zu lassen, so ist es im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung schon beinahe sicher, ihnen überhaupt nicht erst Waffen zu geben. Der „Vorwärts“ sagt:

Das Wort ist frei, die Masse nicht! Es darf niemandem erlaubt sein, mit Maschinengewehren in Berlin herumzuführen, außer — im äußersten Notfall — den Truppen der Regierung. Es mag jeder sagen, was er meint, aber es darf nicht jeder tun, was ihm beliebt. Dem Wort muß mit dem Wort, andern Argumenten aber mit den gleichen Argumenten entgegengetreten werden!

Eine durchaus richtige Auffassung, die aber nicht nur Theorie bleiben darf.

Bezeichnend für die Stimmung, die unter den Soldaten durch das Verhalten der Regierung hervorgerufen wird, ist eine Zulehrst, die dem „Vorwärts“ von einem der mifshandelten Soldaten paget:

„Wir hatten den strengen Befehl, keinesfalls von der Waffe Gebrauch zu machen. Das wußten wohl die Spartakusleute. Darum ärgerten sie auch gar nicht, daß sofort auf unsere Automobile zu stürzen, sämtliche Waffen und selbst die Automobile wegzunehmen. Ich lag auf einem Automobil am Maschinengewehr. Und ich hielt meine Waffe fest im Arm, als man mich freizulassen wollte. Dafür wurde ich von einem Matrosen mit Pistolen getroffen, deren einer auch das Gesicht traf und so schmerzhaft war, daß ich die Kraft zu weiterem Widerstande verlor. Mein Gesicht wurde dadurch verwundet und heute noch ist es von einer starken Geschwulst der ganzen linken Gesichtseite völlig entsetzt. Bei den Körperverletzungen blieb es aber nicht. Wir wurden auch die Füße geplündert und dabei meine Brotkrumen und Hand-

schon geschlossen; auch meine rote Dienstbinde ist mit weggenommen worden.

Sie verhalte mir, Sie um Anstalt zu bitten, wie ich mich bei Wiederholung derartige Vorfälle verhalten soll. Müßen wir uns das denn gelassen lassen?

Welche Zustände müßten daraus erwachsen, daß die legalen Sicherheitsorgane ohne Widerstand vor jedem Haufen von verblüfften Studenten kapitalisieren und die Waffen abliefern müßen? Wenn es dazu kommt, daß die Kaiserliche Heeresarmee das Recht zum Waffentragen und zum Waffengebrauch allein ausüben berechtigt hat, und daß wir lediglich als Feigen, Jungens auf die Straße gehen sollen, made ich nicht wahr mit, und meine Kameraden werden sich gewiß diesen Entschluß auch zu eigen machen."

## „Der soziale Staat und der freie Volkswille“

Vortrag, gehalten am 10. Dezember im großen Hörsaal der Universität Gießen von Herrn Dr. St. K. Weitz, Professor der Nationalökonomie.

Auf Anregung des Giegener Studentenvereins wurden Vortragsabende einberufen, die den Zweck verfolgten, auch andere akademische Jugend in dieser politisch so bewegten Zeit neu zu orientieren und sie fähig zu machen, als künftige Führer des Volkes, an ihrem Teil zum Wiederaufbau des Staates beizutragen. Die Herrn Professoren wurden als die bezeichneten Lehrer um ihre Mitwirkung gebitten. Sie haben der Einladung gern Folge geleistet und so konnte die Reihe der Vorträge vorgestern abend mit dem in der Ueberschrift genannten Thema von Herrn Professor St. K. Weitz eröffnet werden. Der große Hörsaal war voll besetzt. Wie vorauszusagen war, ging der Abend nicht ohne lebhafte Auseinandersetzungen vorüber. Die von früher persönliche Anteilnahme getragenen Ausführungen des Professors St. K. begannen mit einer kurzen Charakteristik der gegenwärtigen Lage, wie sie sich insbesondere in der anschließenden Presse spiegelt. Wie weitbin bekanntes Beispiel führte er die „Frankfurter Zeitung“ an. Ein Blatt, das sowohl vor dem Krieg wie auch während seines Verlaufes nur kapitalistische Interessen vertrat, das bei Beginn des Vorkrieges in heller Begeisterung vor dem Volk „in Blut und Eisen“ sang, wird über Nacht Anhänger der sozialistischen Theorie und endlich plötzl., daß das beste Volk Jahre lang in Ketten geschüttelt hat, daß dieses Volk durch Jahrzehnte „zertrüben und erschüttert“ endlich jähleind den Tag der Freiheit begrüßen kann. Wie sehr ist die Welt in dem alten Deutschland aus?

Ein Verdienst ist dem alten System nicht abzusprechen. Es hat verstanden und gerade durch seine autoritäre Staatsweise, richtungs möglich gemacht, den Weg zum „sozialen Staat“ mit Erfolg zu beschreiten. Die Macht dieses alten Staates ruhte in neutraler Hand: dem Richter und dem ihm allen unterliegenden Offizieren wie der Beamtenwelt. Diese beiden Faktoren waren deshalb in so hohem Maße heiligt, sozial, d. h. zum Volk des ganzen zu wirken, weil diese persönlichen Interessen bei ihnen ausschlaggebend sein konnten. Sie fanden außerhalb jeder Partei oder Interessengruppe und haben im Wohl des ganzen ihr erstes Pflichtgebot. Die Entwicklung zum sozialen Staat hat bei uns stetig Fortschritte gemacht. Und darin findet wir der Welt weit vorausgegangen. In seinem anderen Land werden wir die Verfaßlung eines solchen Betriebes finden, wie die preußisch-österreichische Eisenbahngesellschaft. Post und Telegraphie sind Staatsmonopole. Ueber die Bergwerks-Letzte Band läßt der Regierung schon eine gewisse Kontrolle zu. Und nochmals im Krieg war der Weg zur vollkommenen Sozialisierung soweit beschritten, daß eine reifliche Erfüllung dieses Voratz in greifbarer Nähe gerückt zu sein schien. Im demokratischen Frankreich war ein solches Schaffen allein schon deshalb nicht möglich, weil die Hochfinanz, die dort früher den größten Einfluß auf die Regierung ausübte, nie die Hand zu Dingen hergeben wird die ihr eigenen Interessen jümdler laufen nur aus Interesse am Wohl des Volkes. Dazu kommt, daß wir das freieste Wahlrecht besitzen und auch das angesehenste Wahlrecht. Denn vor dem notwendigen Uebel aller parlamentarischen Regierungen, der Korruption unter den Abgeordneten, hat uns ebenfalls dieses autoritäre System behütet. Wir brauchen nur die Wohl eines französischen Abgeordneten zu betrachten, um diese erschreckende Tatsache zu begreifen. Drei Dime sind in Frankreich so wenig, um gew. hit zu werden. Vor allem muß der Kandidat 50 000 Franken besitzen, um die „notwendigen Auslagen“ zu decken. Dazu bedarf er zweitens der Beziehungen zur Hochfinanz, die ihm deren bindende Verhandlungen für seine spätere Abgeordnetentätigkeit das Geld zur Verfügung stellt. Und ganz zuletzt muß er noch die Stimme Wie bitter wahr die Tatsache ist, daß das parlamentarische System Korruption mit sich bringt, beweist deutlich auch die Antwort eines sozialistischen Abgeordneten auf eine desbezügliche Anfrage des Volkes, die er wieder durch Verhinderungen geminnt. Wie Frage, die ihm während der kurzen Zeit unserer parlamentarischen Regierungsform, der Periode vom März von 1870 bis 1871, gestellt worden war: „Sie glauben gar nicht, wie weit es damit schon gekommen ist!“

Diesen unbestreitbaren Vorteilen steht aber die verhängnisvolle und traurige Tatsache gegenüber, daß gerade das alte Regime nicht fähig war, das Gefühl der Verantwortlichkeit im Staate im Volk zu wecken. Und das vor allem ist die Stärke der parlamentarischen Regierungsform. Dadurch sind ihre Staaten trotz geworden und das hält sie zusammen. Wir sind zu sehr in dem Gewohnen gehalten worden, daß die Regierung, eine uns fremde Größe, alles allein zu leisten berufen ist und haben zu spät eingesehen gelernt, daß auch das Volksganze Verantwortungs trägt an der Politik, die sein Schicksal bestimmt. Und dieser Mangel an Verantwortungsgefühl, der den Reichstag zu einer Schwärgerde degradierte und das Volk die Regierung stets als Fremdkörper empfinden ließ, hat letzten Endes zum Zusammenbruch geführt.

Was ist heute und was wird in Zukunft sein? — Die augenblickliche Regierung ist eine willkürliche Diktatur, die sich zum Großteil aus Hochbeamten und jüdischen Rechtsanwältin

zusammensetzt. Von einer Volksgewalt kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Und auch ohne antisemitische Gesinnung zu besitzen, müße jeder wohl über den Vortragsenden, darin zustimmen, daß das deutsche Volk sich auf die Dauer eine Regierung nicht gefallen lassen kann, die in der Mehrheit aus Juden besteht. Warum gerade das deutsche Volk? — Und wie weit sind wir sonst gekommen in diesen wenigen Tagen? Die Schubensicht erhöht uns fast, aber der Rat der Volksbeauftragten wirft das Geld in provinziellster Weise zum Fenster hinaus. Soldaten verkaufen Waffen und Pferde für wenige Pfennige. Alles rasch zu verkommen, wenn nicht bald eine starke Regierung dem Treiben unverantwortlicher Elemente Einhalt gebietet. Wir müssen weiter und müssen durch! Da es heute unmöglich geworden ist, zum alten Staat zurückzuführen, soll zum Wiederaufbau eine Regierung erwählt, hinter der der Wille des ganzen Volkes, nicht einzelner Parteien, steht. Und diese Regierung muß im ihr gesetztes Ziel eines sozialen Staates zu erreichen, vor allem eine starke Regierung sein. Dazu mitbestimmen und wirken ist unsere heilige Pflicht! Und Prof. St. K. Weitz schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Studenten, wie sie im Kriege Opfer an Gut und Blut fürs Vaterland gebracht hätten, lo noch einmal zusammenzutreten und mit den Waffen des Geistes für die Erfüllung dieser unserer Schicksalsaufgabe zu kämpfen. Der Schaffung einer starken Regierung mit fester, überall anerkannter Autorität. —

Dem Vortrag, der durch laute Beifallsbezeugungen stürz unterbrochen wurde, folgte eine kurze Debatte, in der die Meinungen sehr auseinandergabten. Leider war die Aussprache nicht in dem reichhaltigen Ton gehalten, den man in Akademikerkreisen erwarten sollte. Doch dürfte der Abend ein solcher jedem wohl reichen Gehör und viel Anregung gebracht haben. Hoffentlich werden die Vorträge in ihrer Folge das erreichen, was beabsichtigt ist: Die akademische Jugend zu selbständigem politischen Denken zu erziehen.

## Aus der Heimat. Heimliche Volkspartei!

Wir machen auf dieser Stelle nochmals auf die morgen (Samstag) nachmittags 1 Uhr im hiesigen Rathsaal (Raiserstr. 19) stattfindenden Gründungsversammlung der Heimlichen Volkspartei aufmerksam. Wir bitten unsere Freunde, der Versammlung beizuwohnen zu wollen.

Friedberg, 12. Dez. Die Aufnahme der Wahlberechtigten für die am 19. Januar 1919 stattfindende Wahl zur Heimlichen Landesversammlung erfolgt durch freiwilligen Hilfsdienst der hiesigen Lehrer u. Lehrinnen am Freitag, den 13. und Samstag, den 14. ds. Mts. Aufnahme in der Wählerliste finden alle deutschen Männer und Frauen, die am 19. Januar 1919 über 20 Jahre alt sind oder an diesem Tage 20 Jahre alt werden, soweit sie in Friedberg ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt (etwa als Dienstmädchen, Studierende usw.) haben. Das Gleiche gilt für Militärpersonen, die hier ihren Standort haben. Wahlberechtigte, die am Sonntag, den 17. Dezember noch nicht für die Wählerliste vorgemerkt, d. h. durch irgendwelchen Umstand übersehen worden sein sollten, werden aufgefordert, sich noch an diesem Tage auf Zimmer 4 des Stadthauses zu melden.

Von der Kriegerkameradschaft Haffsa. In der letzten Nummer des „Heimischen Kamerad“ veröffentlichte das Präsidium einen Aufruf, in welchem als Aufgaben des Verbandes bezeichnet werden: Erhaltung der Einheit des deutschen Volkes, Pflege der Vaterlandsliebe und der Kameradschaft, Fürsorge für die Kriegsbekämpften, die Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer, nachdrückliche Vertretung ihrer Ansprüche auf Verlorung und Hilfe, Ausbau der wirtschaftlichen Einrichtungen. Im Jahre 1917 haben die Haffsa und ihre Vereine für Wohlfahrtszwecke M. 155 000. — aufgewendet. Das Präsidium will diese Leistung noch bedeutend steigern.

Ehollen. Ein bemerkenswertes Ergebnis hat die vom Kreisobstbauverein durchgeführte Erziehung der Wildfrüchte im hiesigen Kreis gezeigt. Es wurden im Laufe dieses Herbstes abgeliefert: 134 Zentner Hagebutten, 105 Zentner Heidelbeeren, 400 Zentner Schalen, 264 Zentner Himbeeren, 101 Zentner Brombeeren, 372 Zentner Hollunderbeeren und 1904 Zentner Vogelbeeren. Den Summern wurden hierfür insgesamt 114 515 Mark ausbezahlt.

F.C. Vom Main, 11. Dez. Bei einer Hausdurchsuchung erschöpf in Glend der Jagdaufsicher Köhler den erst vor einigen Tagen vom Seeresdienst entlassenen Tageelöhner Heinrich Sojmann aus Notwehr. Sojmann stand im Verdacht des Wilderns.

## Aus Eintrübung.

Darmstadt, 11. Dez. Noch nahezu 50jähriger Tätigkeit ist nunmehr der Vorkämpfer der hiesigen Kriminalpolizei, der Polizeirat A. Kramer, obwohl er noch einigermaßen tüchtig ist, von seinem Vohen zurückgetreten und hat sich heute von dem Personal verabschiedet. Gewiß hat er, im Laufe der Jahre, wie es schon der Dienst mit sich bringt, sich manchen Feind erworben, wenn auch sein oft kurz angebundenes Wesen manchmal falsch ausgelegt wurde. Gewiß ist aber, daß er in den langen Dienstjahren noch besten Kräfte benützt hat, denn monatelang sehr schwierigen Aufgaben noch Würdlichkeit gerecht zu werden, und wenn sein hohes Alter der neuen Richtung weichen muß, so darf man wünschen, daß er die verdiente Ruhe und Erholung noch recht lange genießen möge. — Die Pöbelhabe ist auch im Polizeidienst dachselber vorhanden. Seit Beginn dieser Woche werden die im Dienst befindlichen Polizeimänner den Tages- und Nachdienst ohne dieses oft lästige Instrument, wenn auch

nicht zu verkennen ist, daß es in Fällen erloscher Streitigkeiten usw. vielen Schutz geboten und manchen Unglück verhütet hat. — Häufige Zwangsmaßnahmen des Rathes der Stadt Darmstadt sind, wie wir erfahren, im Umlauf. Die Hochrechnung ist auf der Nordseite ziemlich stark und kaum zu unterschätzen, während die Fällung bei den engen Straß auf der Südseite nicht allzu stark verschwommen und leicht zu erkennen ist. Man wird gut tun, besonders auf die Straße zu achten.

Blitzkorn, 11. Dez. Bürgermeister Sonnenschein wurde unter Vermeidung gefährt nachdem er einer sehr hohen Kostenstellung des A- und S-Fortes zurücktrat, daß er keine Kartoffeln abgeben könne, da der Ort zum Fällungsbereich Mainz gehöre. Mit diesem Hin- und Herreden braucht man es dennoch fertig, ein nennenswertes Quantum Kartoffeln zu laden. Bei der dann folgenden Stärkung im „Lösen“ lassen zwei Mann der Verteilung verlust haben die Wirtschaft mitzunehmen, aber durch die Wirtin erwirkt worden sein. Der Chemann soll später noch Geld geben.

F.C. Von der Bergstraße, 11. Dez. Wegen Geheimnisverrat wurde der Landwirt Adam Schmiedel von Sulzbach in eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen genommen, sowie in eine Geldstrafe von 1500 Mark.

Aus Hessen-Kassau. F.C. Herborn, 11. Dez. Am Bahnübergang zwischen Guntersdorf und Roth fuhr ein Weizenwaggon in eine umstürzende Kolonne. Ein Führer wurde überfahren, ein Mann verletzt, einer schwer verletzt und die beiden Pferde des Wagens getötet.

F.C. Wehlar, 11. Dez. Das Ersatzbataillon 81 ist hier eingetroffen und hat in der Unteroffizierschule Quartiere bezogen. Das aktive Infanterie-Regiment Nr. 81 ist noch unterwegs und erst in einigen Tagen hier zu erwarten.

F.C. Wiesbaden, 11. Dez. In der Wartburg fand heute die Generalversammlung der hiesigen Wehrgenossenschaft statt, die überaus stark besucht war. Obermeister Kiesel leitete sie und begrüßte vor allem die aus dem Felde zurückgekehrten Meister und gedachte der auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder und Gefallen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Da nach dem Bericht des Reichers Albert Baum die finanzielle Lage der Wehrgenossenschaft eine äußerst günstige ist, beschloß die Versammlung einstimmig einen namhaften Beitrag unter ihre Mitglieder zu verteilen. Zwei Drittel des Betrages sollen den Feldzugssteuermännern als Unterstützung überwiesen werden, ein Drittel den Dacheingetragenen. Die durch den Krieg oder Krankheit in Not geratenen hier wohnenden verheirateten Familien sollen aus dem Fonds Unterstützung erhalten. Eine sechsmitgliedige Kommission wurde gebildet, um die Mittel richtig zu verteilen. Sie besteht aus den Meistern: Joseph Stern, Viehmann, Albert, Hermann und Albert Baum. Der Vorsitzende streifte sodann die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes. Ein Angebot über Bedarf sei zu konstatieren. Infolge der politischen Umwälzungen sei der von der Anbahnung eingerichtete Arbeitsnachweis aufgehoben worden. In Zukunft seien somit alle Meister verpflichtet, ihre Gehilfen durch das Arbeitsamt einzustellen. Bestehen bleiben wird, daß die Gehilfen bei den Meistern direkt nach Arbeit nachfragen können, sich jedoch nachträglich durch das Arbeitsamt in diese Stelle einweisen lassen müssen. In der sich anschließenden Diskussion wurde u. A. lebhaft Klage geführt über die letzten minderwertigen Fleischbelieferungen für die hiesige Stadt durch die Fleischstelle in Frankfurt a. M. und betont, daß es den Wehrgenossen bei diesem minderwertigen Fleisch ganz unmöglich gemacht werde, mit dem zum Ausschneiden gewährten sieben Prozent Fleisch auszukommen, ohne daß die Kunden benachteiligt würden. Der Vertrauensmann des städt. Fleischamtes, Peter Schmidt, bemerkte, diese Klage sei sehr berechtigt. Besonders bei der letzten Viehablieferung, das durchaus der geringsten Klasse angehört, habe er sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Mischstand abzuheilen. Es sei ihm zugeeignet und eine Erhöhung der sieben auf zehn Prozent in Aussicht gestellt worden.

Aus Rheinhessen. F.C. Worms, 11. Dez. Der französische Oberst de Paulcrainant hat den Posten eines Zivilgouverneurs für Stadt und Kreis Worms übernommen. F.C. Worms, 11. Dez. Nach einer summarischen Schätzung hat die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte für die Stadt Worms eine Belastung von 400 000 Mark gebracht.

## Aus der Pfalz.

F.C. Aus der Pfalz, 11. Dez. Ein Quecksilber warf ein zwölfjähriger Schüler einen Feuerwerkskörper unter ein fahrendes Auto mit französischem Militär. Durch die Explosion desselben entstand an dem Auto ein Schaden. Infolge dieses Vorfalls wurde der Gemeinde Quaisheim eine Geldbuße auferlegt, zu der jede Familie herangezogen wird. Die ganze Gemeinde muß unter einen solchen Raubüberreich leiden.

## Zweitsmarkenzeitung

des Kreisarchivbundes des Friedberg. Offene Stellen: 42 Anstalt, 6 Tagelöhner, 3 Schweinefütterer, 1 Schafhund, 1 Koch, 1 Wäscher, 1 Wäscher, 1 Wäscher. Stellenangebote: Mehrere Metzgerfamilien und solche Metzger, 1 Böhner, 2 Volkner, 4 Bürogehilfen, 2 Bürogehilfen, 2 Kinderpächter oder Verkaufswomen, 6 Haushälterinnen aller Art, 2 Köche.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: L. F. S. Friedrich, Friedberg; für den Angelegenheit: S. Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A. G. Friedberg i. S.

# Herzenskämpfe.

Roman von Helene Schiller, geb. von Gerodorf.  
(Copyright 1915 by C. Ademann-Struttart.)

23. Kapitel.

Während sich die ganze Stadt mit den Ereignissen im Antelmännischen Hause aufs lebhafteste beschäftigte und Wohlheit und Duldung samt durchsinniger Verneinung wurden, verlebte die Heldin dieser phantastischen Geschichte schöne Tage stillen verborgenen Glücks. Trostlich war, wie auch die gute treue Lina sich von den Schrecken und Strapazen ihrer flucht Körperlich vollständig erholte hatten, war es doch bei allen Hausbewohnern wie ein stiller Einvernehmen, daß zunächst niemand ihre so schwer erlangte Ruhe lären wollte.

Von G. war noch kein Lebenszeichen eingetroffen, seine Antwort auf den Brief des Kommerzienrates; es herrschte einigermassen Todesstille, trotzdem schon mehr als eine Woche seit Hilbes flucht aus dem Vaterhause vergangen war. Antelmänn's mühen nicht, wie dies Schweigen zu deuten war. Beim Geheimrat war das überhaupt schwer. War es Jörn? war es Katholik? war es vielleicht gar ein weiches, der Neue ähnliches Gefühl? Jedenfalls waren sie dadurch in der Lage, sich auch nicht abzuschrecken zu müssen, sondern Hilbe eine still-kühnliche geistigen und körperlichen Wozureichens gönnen zu können.

Reinhold brachte jede Minute seiner dienstfreien Zeit in Hilbe's Gesellschaft zu. Die Liebesden waren glücklich, so wie es war und hoben alle Zukunftspläne einstmals abhätlich beiseite. Ausgehen machte Hilbe gar nicht, ihr grante vor dem ersten Verlassen der schlafenden Mauern in ihres Onkels Hause, vor der ersten Berührung mit der Außenwelt.

Dennoch kam bald der Zeitpunkt, wo sie sahen, daß dieses süße Schicksal nicht aufhalten müsse, daß sie Stellung zu der Sache nehmen, einen Entschluß zu fassen genötigt waren.

Bei einem Ausgang war Frau Ella mit einer bekannten Dame zusammengetroffen, durch welche sie eigentlich erst richtig erfahren hatte, bis zu welchem Grade ihre Familie den Mittelpunkt eines unauflösbaren Knotens und Trauerspiels bildete. Neben dem gutartigen, der Wahrheit ziemlich nahekommenen Gerede waren allerlei verleumdende und garstige Gerüchte aufgetaucht, welche sowohl Hilbes, wie Reinholds guten Namen ernstlich zu gefährden drohten.

„Sehr empört und aufgeregt kam die Kommerzienrätin nach Hause und lief direkt zu ihrem Gatten, um wie gewöhnlich mit ihm großen Rat zu halten.“

Das Resultat war, wie nicht anders möglich, daß sie mit Reinhold und Hilbe reden mußten, was nun weiter für Maßregeln zu ergreifen seien, um diesen Redereien ein Ende zu machen.

„Die armen Kinder!“ seufzte Frau Ella. „Sie sind so glücklich und zufrieden. Und nun muß man sie schon wieder aus ihrer sohin gewonnenen Ruhe aufstöbern! Wollen wir nicht zuerst mit Reinhold allein reden?“

„Was soll das nützen, Frauen?“ antwortete der Kommerzienrat. „Wir wissen ja schon, wie er dazu steht. Ohne Einwilligung des Vaters ist für ihn als Offizier die Heirat mit Hilbe unmöglich. Daran kann er nichts ändern.“

„Also Trennung? Aber das ist furchtbar!“ rief Tante Ella ganz außer sich. „Besonders, da die nötigen Mittel vorhanden sind, auch ohne sein, des Rabennatters, Einwilligung. Das ist keine Lösung des Problems, das ist nur ein neuer Akt des Dramas.“

„Aber was bleibt anderes übrig?“ erwiderte Onkel Bernhard, ebenfals niederschlagen. „Entweder müssen sie heiraten oder sich trennen, und da ersteres unmöglich scheint, so bleibt nur letzteres möglich.“

„Und das soll ich ihnen sagen?“ rief Tante Ella fast verzweifelt. „Nein, das bringe ich nicht fertig! Bernhard, ich bitte dich, übernimme du die Hubschuldschaft oder soll ich Hans rufen?“

„Nein, Ellchen, damit ist nichts gehoben! Da heißt es, den Stier bei den Hörnern greifen. Komm, ich werde versuchen, ihnen den Fall klar zu legen. Schließlich sind sie ja beide gute verständige Menschen. Sie werden die Notwendigkeit einsehen und keine Szenen machen.“

Rein, sie machten keine Szenen. Reinhold war gerade anwesend. Er sah mit Hilbe Hand in Hand in Tante Ella's Boudoir. Sie machten beide gerade sehr ernste Gesichter, als Onkel und Tante eintraten.

„Kinder“, hob Onkel Bernhard an, „Leider ist es die höchste Zeit, daß wir ernstlich besprechen, was nun weiter mit euch beiden geschehen soll. Es ist zwar sehr lässig so, wie es jetzt ist, doch es aber nur ein Uebergangsstadium sein kann, ist klar, nicht wahr?“

„Onkel Bernhard, wir waren eben dabei, uns das klar zu machen“, erwiderte Reinhold. „Hilbe weiß alles, wie es steht und ist auf das Schlimmste gefaßt.“

„Ach, das ist gut, daß sie schon ein wenig orientiert ist“, sagte Tante Ella erleichtert aufatmend. „Ich hatte solche Angst, Illusionen bei ihr zerbrechen zu müssen. Hilbe, Liebchen, es ist doch abenteuerlich, nicht wahr?“

„Tantechen, ja, es ist ein wenig bari, daß nun wieder neue Hindernisse sich zwischen uns aufhäufen wollen“, erwiderte Hilbe. „Aber wir müssen eben Geduld haben. Nachdem wir schon so viele Schwierigkeiten glücklich überwunden haben, dürfen wir jetzt auch nicht verzagen. Es ist doch viel, daß wir uns wenigstens leben dürfen.“

„Aber, Kind, das ist ja eben! Das wird die böse Welt auch nicht mehr dulden!“ entgegnete Tante Ella. Ella seufzte und erzählte, was sie vorher von der bekannten Dame vernommen hatte.

Hilbe war starr und auch Reinhold sehr betroffen.

„Das geht nicht, Hilbe, mein Lieb, daß man deinen Ruf anzukassen mag!“ rief er sehr entschieden. „Das muß aufhören!“

„Aber wie soll man dem Gerede Schweigen gebieten?“ fragte Onkel Bernhard. „Das ist eher gesagt, als getan.“

„Nein, Onkel Bernhard, es muß auch getan werden!“ erwiderte Reinhold fest. „Und zwar folgendermaßen: bis sich unser Schicksal entschieden hat, muß ich zwar Hans meiden, doch es mit keinem Fuß mehr betreten. Die Welt die alles erfährt wird auch dies erfahren und ihre Schläffe daraus ziehen.“

„O, Reinhold!“ rief Hilbe schmerzlich.

„Es hilft nichts, Liebest! Es muß sein!“ erwiderte er milde, aber im Tone eines unerschütterlichen Entschlusses. „Dein reiner Name muß mir heilig stehen, als alles andere, selbst als deine Scherstochter nach mir, als meine nach dir. Aus bleibt so immer noch der christliche Verkehr als kleiner Trost.“

„Reinhold hat vollkommen Recht, so leid es mir tut“, so schloß der Kommerzienrat seinen Rede. „Aber es ist es nur ein momentaner Ausweg, nicht aber eine rationelle Hilse.“

„Die gibt es vorläufig auch gar nicht“, versetzte Reinhold. „Aber nun hört, was wir vorhin schon, ehe sie kam, mit einander verabredet hatten. In die Situation zu kären, muß ich einen Schritt tun, dessen Ergebnis ich allerdings schon vorher weiß, der aber der Form wegen doch getan werden muß. Ich werde bei Hilbe's Vater schriftlich um ihre Hand anhalten, was ja bis jetzt noch gar nicht geschehen ist.“

Fortsetzung folgt.

Neue  
**Arbeitskosen**  
in kräftiger Qualität  
**Mayer J. Hirsch**  
Friedberg  
dem Rathaus gegenüber.

**Bessere Fertige Mäntel, Mäntel, Anzüge aller Größen**  
in großer Auswahl, noch guten Stoffen, gebe noch billig ab.  
Einzeln, Soiten, Joppen, Arbeitsmäntel sofort bei  
**Schneiderei Wolf,**  
Frankfurt a. M., Bleichstr. 16, 1.

Großes Lager aller  
**Relz.**  
waren in best. Ausführung zu billigsten Preisen.  
Granfische, Zobelische, Altkarfen, etc., Opsum, Maulwurf, Murren, Felle, Schwelle, Pelzwaren in reichlicher Auswahl.  
Neuanfertigungen und Umarbeitungen werden geschmackvoll u. preiswert ausgeführt. (1915)  
Eigene Kürschnerwerkstatt im Hause  
**Carl Karpi**  
Frankfurt a. M., 107 Fahrgasse 107 Ecke Tölgersstrasse.

Reizende  
**Gelegenheits-Geschenke**  
für Weihnachten, Geburtstage u. Konfirmation. Man verlange sehr schon Auswahlendungen von  
**Wilhelm Lohrey,**  
Uhrmacher und Goldarbeiter, Nieder-Glombach.

# Drucksachen

sind und bleiben für jeden Geschäftsmann die vorteilhafteste Reklame. Sie können jedoch nur dann ihren Zweck wirklich erfüllen, wenn sie ein gefälliges Aussehen haben. Sehen Sie deshalb in erster Linie auf einwandfreie Ausführung der von Ihnen zum Druck gegebenen Aufträge. Wir empfehlen uns zur Anfertigung aller Drucksachen für Geschäfte, Behörden, Vereine sowie für den persönlichen und familiären Bedarf.

## Neue Tageszeitung

Fernsprecher Nr. 48 Friedberg i. H. Hanauer Straße 12

### Zum Schlachten!

la. weite Kranndärme, la. weite Mitteldärme, la. große Ochsenbutten, sowie Rinds-, Kalbs- und Schweineblaten, reingemahlene Pfeffer, Würstfordel und Pfeffererjag empfiehlt  
**Georg Wilh. Zöll, Friedberg i. H.**  
Kaiserstraße 12, Telefon 410.

Militärformulare, Entlassungspapiere, Bürobedarfsartikel.  
**Friedr. Streckfuß, Friedberg i. S.**  
Telefon 304.

Vom Felde zurückgekehrt, habe ich meine  
**Praxis**  
als Geometer I. Klasse wieder übernommen. Empfehle mich den verehrten Interessenten in allen Vermessungsarbeiten.  
Bestellungen werden entgegen genommen.  
**Friedberg (Hessen)** Kaiserstraße 199 (Nähe d. Ackerbausehule) **K. Jäckel,** Geometer I. Klasse.

**Vericherung kroender Stalen** zu 2% int. Leibestruat, 3% sehr Prämien mit Rückzahlung bei Nichtnützlichkeit und sonstige Vericherung in überausmutterländliche Vericherungsgesellschaft, Dresden, Wexerstraße 29. Prompte Entschädigung bis zu 50% der Vericherungsumme. Günstige Vericherungsbedingungen zu höchsten Preisen. Eichtige Vertreter überall geucht.

**Maurer-Arbeiten**  
werden wieder ausgeführt, auch auswärts.  
Phil. J. Dikardl, Maurermeister, Büchel.  
Bestellung durch Postkarte.  
**Wistentarien** jederzeit schnell und billig  
Bismarckstraße 19, Friedberg i. S.

**Scheidenkatarrh u. Verkalben**  
werden durch meine  
**Vaginal- und Bullenstäbe** schnell, billig, bequem und sicher gelohnt.  
Bezug durch Theobald, Prospektstraße 117  
**Dr. Plate-Brügge i. W.**

Erst große Thüringer  
**Reiserveisen**  
alle Sorten Bürsten, Besen, Striegel, Toilette-Weißel, prima Wasser- u. Toilette-seife, prima Violoncello- und Bartelwachs  
alles in großer Auswahl.  
**Theobald Steinell**  
Büstenfabrik, Friedberg, Kaiserstraße 117.

Gut erhaltener  
**Geschäftswagen**  
(breakartig) zu verkaufen. Wo? hier die Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“  
Dienstag, den 17. ds. Mts., nachmittags 1/2 2 Uhr, sollen aus der Bürgermeisterei Gumbach  
**ein Eber und ein Ziegenbock**  
beide noch diensttauglich, veräußert werden.  
Gumbach, d. 13. Dezember 1918.  
Bürgermeisterei Gumbach, Reuhl.

**Möblierte 2-Zimmerwohnung**  
mit Küche vom 1. Januar geucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“.

**Jung. Mädchen**  
mehrere Jahre auf Güter tätig, sucht Stellung auf mittelgroßem Gut als Haushälterin vom 1. oder 15. Januar. Familienanhang erwünscht.  
Offerten unter Nr. 2761 an die Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“.

**Frau oder Mädchen**  
tagelohr geucht.  
Kühl, Friedberg, Kaiserstr. 88

**Deutsch-Achelhaar,**  
grau mit braunen Wäuten, 1/2 Jahr alt, auf dem Namen Marko härenb  
**entlaufen.**  
Dem Wiederbringer gute Belohnung  
**Albert Schudt,**  
Saub-Schwalheim d. Gschil.